



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wochen der Conferenz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

den Nordamerikanern so theuer zu stehen gekommen, hat sich der ganzen Existenz des Staats so gefährlich gezeigt, daß die Staatsmänner Nordamerikas wohl als nothwendig anerkennen werden, aus den jetzigen Armeen seiner Zeit ein stehendes Heer zu bilden.

Vielleicht sprechen wir ein andres Mal mehr darüber, heute war es nur die Absicht, durch den Hinweis auf die amerikanischen Verhältnisse darzuthun, welcher Weg dem deutschen Volke gegeben war, seine Verbindung mit den fechtenden Truppen nach allen Richtungen thätig geltend zu machen, darzulegen, daß bei Beurtheilung der nothwendig zu haltenden Wehrkraft weniger die eigne Kraft als die des eventuellen Gegners als Maß zu dienen hat, und endlich war es die Absicht darauf hinzuweisen, daß das Volk nur dann Macht im Heere gewinnt, wenn es fördernd, nicht zerstörend in den Organismus desselben eingreift. In letzterer Beziehung möchten wir zum Schluß auf einen Artikel der Militärischen Blätter aufmerksam machen, der von der Pension eines zum Krüppel gewordenen preussischen Lieutenants handelt und andeutet, daß ein Lieutenant v. S. sich 1851 das Leben nahm, weil er durch seine Wunden ganz unthätig geworden war und mit zehn Thalern monatlich sich nicht einmal die nothwendige Pflege verschaffen konnte. Und noch trauriger ist in hundert Fällen das Loos der armen Gemeinen, welche zu Invaliden wurden.

Wir haben stehende Heere. Hier ist der Weg, auf welchem der Bürger das Heer durch die stärksten aller Bande an sich und seine Interessen fesseln und den alten leidigen Gegensatz für immer besiegen kann.

Die Wochen der Conferenz.

Da die Mitglieder der Conferenz sich gegenüber der Deffentlichkeit zum Stillschweigen über die schwebenden Verhandlungen verpflichtet hatten, so war natürlich, daß Zeitungsredactionen und Leser durch massenhafte und widersprechende Telegramme und muthmaßende Correspondenzen in einer Unsicherheit erhalten wurden, welche auf die Länge schwer zu ertragen war. Vielleicht haben wir in diesem Falle keinen Grund, den Versuch der Geheimhaltung zu tadeln, er scheint von dem englischen Minister veranlaßt, um die bengelhafte Animosität gegen Deutschland, der sich die Mehrheit der Presse, des Parlaments und des Straßenvolks von London befeißigen, nicht zu steigern, das heißt, nicht bis zu einer Gefahr für das Whigministerium zu verstärken. An sich aber ist solches Geheimhalten schon deshalb ein Uebelstand, weil es in der Gegenwart doch nicht mehr durchzuführen ist.

Wer auf die Fortschritte zurücksieht, welche die große nationale Frage in den letzten Monaten machte, der hat allerdings einiges Recht, auch von der Zukunft Gutes zu hoffen.

Die Candidatur des Herzogs von Schleswig-Holstein wird durch Preußen und

Oestreich vertreten. Soweit hat ein unwiderstehlicher Zwang der Thatsachen die Gelegenheit gefördert. Wenn die große Majorität der Deutschen von Anfang an auf das Recht des Herzogs, und die Popularität, welche ihm in den Herzogthümern aus seinem Recht erwachsen mußte, vertraute, so wurde sie auch durch die nahe liegende Erwägung geleitet, daß eine andere günstige Lösung des Conflictes mit Dänemark zur Zeit unmöglich ist. Auch die Boraussicht traf ein, daß die Erfolge der Preußen in Schleswig und die Anneziionswünsche, welche sich hier und da kund gaben, für die Befreiung der Herzogthümer günstig wirken mußten, weil sie unserm Verbündeten Oestreich den Herzog, als das kleinere Uebel, annehmbar machten. Es liegt Humor darin, daß ein Satz der arnimschen Adresse wesentlich dazu beigetragen hat, die Herren von Nechberg und Biegeleben mit der Candidatur des Augustenburger zu verfühnen. Denn daß diese Adresse, welche von dem größten Theil der Conservativen mit lebhafter Freude begrüßt wurde und bei den liberalen Fractionen viele Sympathien fand, dem Könige die warme Hilfe seines Volkes auch für den Fall andeutete, wenn er die Herzogthümer durch Waffengewalt für Preußen behaupten wollte, das machte nirgend in Europa mehr betroffen als in Wien. Ebensoviel Antheil an der auffallenden Schwenkung des wiener Cabinetes hatte zuverlässig die Erfahrung, daß man sogar hinter Frankreich und England zurückgeblieben war, deren Politiker die Personalunion als unmöglich erkannten. Oestreich stellte sich mit einem ängstlichen Sprunge auf den Standpunkt, den König Wilhelm schon längst in der Stille einzunehmen geneigt war, und den der behendere Ministerpräsident von Preußen kurz zuvor öffentlich besetzt hatte.

Wir bedauern, daß Preußen nicht in der Lage war, die Herzogthümer für sich selbst behaupten zu können, aber wir sind ebenso innig überzeugt, daß seine politische Autorität in Europa gegenwärtig nicht ausreichte, diesen Erwerb für sich zu sichern.

Aber trotz den Erfolgen im Felde, und dem Nachdruck, welche sie den diplomatischen Verhandlungen gaben, sind wir noch weit von einer befriedigenden Lösung entfernt. Und die letzte Schwierigkeit liegt nicht in dem bösen Willen der vermittelnden Mächte, sondern hauptsächlich in den ungenügenden Resultaten des Feldzugs selbst.

Der Krieg ist nicht mit dem Nachdruck geführt worden, der einen großen Erfolg sicher stellt, und nirgend ist diese Unsicherheit und der Mangel an starker Kraft mehr hervorgetreten, als an dem glorreichen Tage von Düppel. Daß man vor Erstürmung der Schanzen einen abenteuerlichen Coup de main auf Alsen nicht ausgeführt hat, war in der Ordnung, daß man sogleich nach dem Sturm versäumt hat, nach Alsen überzugehen, und wenigstens einen Theil des gebrochenen dänischen Heeres zu vernichten, war ein großes Unrecht, es nahm dem schönen Siege den besten Theil des politischen Erfolges. Jetzt steht die Sache so. Die Dänen beherrschen die Ostsee bis an die preußischen Küsten. Und das gilt in der öffentlichen Meinung Europas fast mehr als die Besetzung eines Theils von Jütland durch die Truppen der Verbündeten. Sie besitzen noch Alsen, Arröe und die friesschen Inseln, ihr desorganisirtes Heer ist in den Wochen der Waffenruhe ergänzt und befestigt, neue Schanzen sind aufgeworfen, neues Kriegsmaterial erworben, die öffentliche Meinung in Kopenhagen hat sich wieder verhärtet, die Existenz des neuen Königs hängt da-

von ab, daß er sich nicht nachgiebiger zeigt gegen die Feinde, als das Straßenvolk seiner Residenz. Das Alles sind Thatsachen, welche zu dem Schluß nöthigen, daß in der That, soweit die militärischen Erfolge und Verluste der Kriegführenden, die Paragraphen des Friedens zu dictiren haben, die deutsche Sache noch gar nicht so gut stehe, als sie stehen könnte. Und es nützt nichts, wenn man preussischerseits erklären wollte, daß man jeden Tag Alsen und Jünen zu occupiren im Stande sei. Man hat es eben nicht gethan, weder die Thatsachen noch ihre Folgen kamen uns auf der Conferenz zu gut.

Nun ist allerdings trotz der ungenügenden Kraft der preussischen Marine und der noch immer zweifelhaften Tüchtigkeit der österreichischen, das wirkliche Machtverhältniß der kriegführenden Staaten so ungleich, daß bei einer Fortsetzung des Kampfes, wenn andere größere Mächte fern bleiben, ein günstiger Ausgang für uns nicht zweifelhaft ist. Und diese Rücksicht sollte die dänische Regierung allerdings zu Concessionen bestimmen, welche größer sind als die bisherigen militärischen Einbußen. Aber diese trübe Aussicht in die Zukunft verhüllt sich Dänemark um so leichter, als ihm die Neigung Englands, die Wärme Schwedens in Aussicht stellen, daß der Krieg, wenn er fortgesetzt wird, größere Dimensionen annehmen wird. Das Erscheinen einer englischen und französischen Flotte in der Ostsee würde allerdings zunächst die Tendenz haben, das schwache Königthum von Kopenhagen vor dem eigenen Böbel der Hauptstadt zu schützen, aber es wird auch eine größere Erregung der Volksstimmung in Deutschland und England zur Folge haben, es erschwert dem englischen Ministerium, dem einfältigen Kriegsgeschrei im eigenen Lande Widerstand zu leisten, in jedem Fall würde eine Fortsetzung des Krieges auch das Bündniß zwischen Oestreich und Preußen auf neue Probe stellen, und es würde die Befestigung von Alsen und Jünen einen größeren Kriegseifer, auch eine energischere Benutzung der Streitkräfte fordern, als die Armeeleitung bis jetzt aufzuwenden hatte.

Wir sind also nicht in der Lage, uns fröhlicher Siegeshoffnung zu überlassen. Und es ist gar nicht abzusehen, wie bei diesem Stand der Dinge ohne neuen Kampf das ganze Schleswig für uns gerettet werden soll.

Nun halten auch wir jede Abreißung eines Theils für ein Unglück; denn wir haben die Hauptsache der ganzen Frage, das Recht der Herzogthümer auf ungetheilte Zusammengehörigkeit in diesem Fall nicht durchgesetzt. Man möge doch in Frankreich daran denken, daß der schleswig-holsteinische Streit zwischen Deutschland und Dänemark im letzten Grunde kein Kampf der Nationalitäten ist, sondern ein Kampf zwischen historischem Recht und den mächtigen realen Interessen des Volkes, welche sich aus diesem Rechte entwickelt haben, und zwischen einer einseitigen und eigensüchtigen Vernichtung dieses Rechts und Schädigung dieser Interessen. Es fällt uns nicht ein zu behaupten, daß die Majorität der Nordschleswiger Deutsche seien, und deshalb zu uns gehören. Aber wir sind ja nicht über die Dänen hergefallen, ein größeres Volk über ein kleines, nur weil sie die Deutschen in Schleswig in roher und plumper Weise danisiren wollten, sondern weil sie Nord- wie Südschleswig widerrechtlich aus seiner Verbindung von dem deutschen Bundesland Holstein gelöst haben. Wenn uns nun auch der Kampf deshalb theuer und eine Herzenssache ist, weil wir durch Wahrung des alten verbrieften Rechtes von Schleswig auch zugleich das nationale Leben der dortigen Deutschen retten, so haben doch die Nordschleswiger ebensogut Anspruch auf unsere Hilfe als der deutsche Süden. Wenn sie nämlich von uns vor einem Anschluß an Dänemark bewahrt sein wollen.

Und deshalb ist es mit der Demarcationslinie allein gar nicht gethan. Denn offenbar haben die Nordschleswiger, welche jenseits derselben liegen, auch das Recht mitzusprechen, wohin sie gehören wollen. Wenn dort eine Majorität für den Anschluß an den Süden sein sollte, was wir nicht wissen, so sind wir gar nicht in der Lage sie ausschließen zu dürfen. Und wenn Staatsraison und andere Motive,

welche nicht in die Rechtssphäre fallen, gegen den Wunsch der Nordschleswiger die Mächte der Conferenz veranlassen sollten, auf einer Demarcationslinie nach Nationalitäten zu bestehen, so müssen sie wenigstens nicht verkennen, daß sie der Bevölkerung, welche sie den Dänen überliefern, Gewalt anthun.

Was nun die Demarcationslinie selbst betrifft, so ist fast unnütz jetzt darüber Erörterungen anzustellen, denn die Wahrscheinlichkeit ist geschwunden, daß auf Basis der gegenwärtigen militärischen Erfolge und politischen Sachlage das Friedenswerk zu Stande kommen wird. Wir haben am 26. Juni den Ausbruch der Feindseligkeiten zu erwarten. Doch glauben wir die öffentliche Meinung in Deutschland nicht falsch zu verstehen, wenn wir die Forderungen, welche die Deutschen erheben müssen, wie folgt, ausdrücken:

1) Wir wissen sehr wohl, daß nördlich von der flensburger Bucht die deutsche Nationalität in der Minderheit ist. Aber die Linie von Flensburg ohne Alsen und die friesischen Inseln ist aus militärischen Gründen eine unannehmbare Grenze. Durch unsere Waffenerfolge haben wir zuverlässig ein Recht auf die Gegend von Düppel gewonnen, wir können nicht dulden, daß die Gräber unserer tapfern Soldaten in Feindes Hand fallen. Deshalb ist es die Linie Apenrade-Tondern, auf welcher wir bestehen. Was im Süden dieser Linie liegt, halten wir fest, und wir halten eine Abstimmung der Bevölkerung in diesem Theil nicht einmal für nöthig, so sehr wir mit dem Princip einverstanden sind, und wie wenig wir Grund haben einer solchen Forderung zu widerstreben.

2) Dagegen fordern wir für den Theil, welcher nördlich von Apenrade-Tondern liegt, Abstimmung der Bevölkerung. Wollen diese Nordschleswiger Dänen werden, gut. Dann ziehen wir den Strich und sorgen im Friedensvertrag, daß die Deutschen im Norden wegen der Sympathien, welche sie jetzt mit der deutschen Sache gezeigt haben, vor neuer Rohheit und vor Gewaltthugung geschützt werden. Will die Majorität des Nordens den Anschluß an ihre Landesgenossen im Süden, so wollen wir ihr Recht vertheidigen mit unserer letzten Kraft.

Ein Frieden, welcher deutsch und dänisch redende Schleswiger im Norden von Apenrade-Flensburg wider ihren Willen, ohne daß sie gehört worden, den Dänen ausliefert, würde die schleswig-holsteinische Frage nicht definitiv lösen, sondern aufs Neue verwirren, und sie würde, wie eine schlecht geheilte Wunde bei erster Gelegenheit wieder aufbrechen. Denn auch im Norden dieser Linie wurzelt deutsches Wesen zu tief, als daß es durch den fanatischen Eifer der Dänen ausgerottet werden könnte. Die stille und unvertilgbare Agitation, welche durch die realen Interessen der Bevölkerung hervorgebracht wird, würde in der gemischten Bevölkerung durch die realen Interessen des Landes unaufhörlich gegen Dänemark arbeiten, immer wieder die Ansprüche der Deutschen stacheln, immer wieder den Jorn und Fanatismus der Dänen aufregen. — Es ist möglich, daß ein nördlicher Grenzstrich Schleswigs von dem Körper des Herzogthums getrennt, allmählig mit jütischem und dänischem Wesen zusammenwächst. Dies, wir geben es zu, ist möglich, aber selbst dort nimmt nicht nur die Einwanderung Deutscher, auch das Interesse an einer Verbindung mit dem Süden alljährlich zu, je weiter die Cultur steigt, je größer die Abhängigkeit von den Capitalien des Südens wird. Bleibt aber die ganze Nordhälfte des zerrissenen Herzogthums bei Dänemark, so werden nicht nur die Deutschen, die dort fortan eine zahlreiche und erbitterte Minorität sind, auch die dänisch redenden Schleswiger werden in eine Opposition gegen die kopenhagener Politik treten, welche die alten Kämpfe in kleinerem Maßstabe wiederholen wird. Wir aber werden in diesem Fall die Stunde erwarten, wo wir das ganze und volle Recht des Landes, das uns jetzt durch den Zwang fremder Mächte verkürzt wird, in Anspruch nehmen. Wir haben Eines in diesem Jahrhundert gelernt, und das ist uns zuweilen von Fremden höhrend vorgeworfen worden: das Abwarten. Und die Deutschen

werden gegenüber Nordschleswig nicht lange diese Tugend zu üben haben. Denn Dänemark selbst wird uns sehr bald Veranlassung geben, seine Politik unleidlich zu finden, und die letzte Rechnung mit ihm abzuschließen.

Wir betrachten die Dänen keineswegs mit dem Haße, den sie selbstmörderisch auf uns verwenden. Im Gegentheil, wir haben lebhaftere Anerkennung für ihre Tüchtigkeit gehabt, und haben ihren alten Fehler, die Großmannsucht, mit ruhiger Kälte ertragen, denn wir sind gewöhnt, von allem, was an unsern Grenzen ungesund wird, gehaßt zu werden. Jetzt aber sehen wir mit einem pathologischen Interesse, wie ein kleines Volk, das eine lange Geschichte, ein mannhaftes Wesen und ein hochgesteigertes Selbstgefühl besitzt, an der Ungerechtigkeit, die es geübt, an dem Haß und Zorn, den es sich selbst phantastisch genährt hat, zu Grunde geht. Die scharfe Bitterkeit wird nicht nur das Straßenvolk von Kopenhagen, auch die Vertreter Dänemarks fortwährend zu unruhigen Krakelern Europas machen. Das leidenschaftliche Abwehren aller deutschen Einwirkungen wird den Dänen in der nächsten Generation nicht nur ihre Wissenschaft, die in engem Zusammenhange mit der deutschen aufgeblüht ist, auch die kräftige Entwicklung ihres Handels und ihre Fortschritte in Landwirtschaft und Industrie beschränken. Denn wie schwer das Verständniß einem Dänen wird, das Gedeihen des ganzen Gebiets auf dem Festlande hängt von den Deutschen ab. Wer sind die, welche sich dort ankaufen, Geld und Capital, Intelligenz und Unternehmungslust bis über den Limfjord hinaus tragen? Leidige Deutsche. Auch Jütland hängt bereits fester an dem Süden, als an den dänischen Inseln, welche ihm von ihrer Kraft nichts abzugeben haben, nur die seine in Anspruch nehmen. Wir gönnen den Dänen von Herzen alle Vortheile, die sie aus unserer Nachbarschaft für ihr Volksthum ziehen können, und es ist uns ganz recht, wenn Jütland und die Inseln in einem friedlichen und innigen Verband der Interessen gegenüber Deutschland sich behaupten. Die Dänen aber sind in der schlimmen Lage, daß ihnen auch das Gute und Verständige, das sie durch uns erhalten, unerträglich wird, sie möchten deutsches Geld fernhalten, sich durch Schlagbäume gegen jede deutsche Waare schützen, ihre Heiden lieber in wüster Uncultur, als von deutschen Ansiedlern bebaut sehen. Auch ihre tüchtigen Gelehrten, die leider schlechte Politiker geworden sind, betrachten die deutsche Wissenschaft, durch welche einzelne von ihnen groß geworden sind, bereits mit einem Widerwillen, der ihnen unerträglich macht, ein deutsches Buch zu lesen. Die Folgen dieser Maßlosigkeit, welche chronisch geworden ist, werden nicht ausbleiben. Ohnmächtiger Grimm und Haß macht nicht liebenswerth, er wird in diesem Fall auch ihre innern Zustände düster und unsicher erhalten; Verarmung Jütlands, Verbitterung der Parteien, Verachtung der eigenen Regierung, Uebermuth des Pöbels sind die nahe liegende Folge. Und der krankhafte Zustand wird ihnen bleiben, so lange sie uns gegenüber noch zur Feindschaft genöthigt sind durch einen Antheil an deutschem Lande durch das Unrecht, welches sie den Deutschen darin zufügen müssen, durch die Herrschaft über eine Provinz, welche ihnen innerlich fremd und von deutscher Kraft abhängig ist, und immer abhängiger werden muß. Es mag ihnen vielleicht gelingen, die nördlichsten Kirchspiele Schleswigs dänisch zu machen, das halbe Schleswig, wenn ihnen eine unselige Theilungslinie dies erhalten sollte, werden sie nicht danistren, und wir werden den Zwang, den Druck, die Gewaltthat, welche sie gegen den Deutschen darin üben, auch in Zukunft nicht ruhig ansehen. Und deshalb bestehen auch die Deutschen auf einer Erneuerung des Krieges, und wir sind bereit, alle neuen Verwickelungen, die er herbeiführen kann, durchzumachen, wenn es nicht gelingt, jetzt mit Dänemark so abzurechnen, daß wir unser Recht und unsere Interessen wenigstens für leidlich gewahrt halten dürfen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.